



## Sterbehilfe wird gesetzlich geregelt

Es gibt Menschen, die den Zeitpunkt ihres Ausscheidens aus dem Leben durch Suizid selbst bestimmen möchten. Sie wenden sich zur Unterstützung auch an Angehörige, Ärztinnen und Ärzte oder Sterbehilfevereine, zum Teil fahren sie dafür sogar ins Ausland. Über die Frage, ob eine Sterbehilfe straffrei bleiben soll, wird der Bundestag in diesem Jahr entscheiden.

Nach gegenwärtiger Rechtslage ist die passive Sterbehilfe in Deutschland erlaubt, wenn sie dem erklärten Willen der Patientin oder des Patienten entspricht. Die aktive Sterbehilfe, also Töten auf Verlangen z.B. mithilfe einer tödlichen Substanz (Gift) ist hingegen strafbar.

Der assistierte Suizid, das heißt die Hilfe zur Selbsttötung ist nicht verboten, kann aber strafbar sein bei Mitwirkung an einem nicht freiverantwortlichen Suizid. Ein Strafbarkeitsrisiko besteht hier auch für Ärztinnen und Ärzte, wenn diese die Rettung eines handlungsunfähigen Sterbenden unterlassen. Im Einzelnen gibt es allerdings Unklarheiten des ärztlichen Standesrechts. Dieses wird wiederum in den Bundesländern unterschiedlich ausgelegt. So kann in Hamburg etwas anderes gelten als in Helmstedt oder in Wolfsburg etwas anderes als in Wuppertal.

Im November des vergangenen Jahres gab es bereits eine Orientierungsdebatte im Deutschen Bundestag. In dieser Sitzungswoche beraten wir über verschiedene

Gesetzesentwürfe zur Regelung der sogenannten Sterbehilfe.



Alle vier Gesetzesentwürfe eint, dass aktive Sterbehilfe weiterhin strafbar sein soll und die kommerzielle Sterbehilfe, die auf Gewinnerzielung ausgerichtet ist, verboten bleibt.

Da die Sterbehilfe nicht nur eine juristische und medizinische, sondern vor allem auch eine ethische Frage ist, wird die Fraktionsdisziplin aufgehoben.

Liebe Freundinnen und Freunde,  
nach einer Plenarwoche des Bundestages mit zahlreichen namentlichen Abstimmungen laufen schon die Vorbereitungen auf die kommenden Sitzungen.

Vordringlich weiter die Situation der Menschen sein, die in Not eine Zuflucht bei uns suchen. Diese Frauen, Kinder und Männer sind vor Gewalt, Folter, Krieg und Tod geflohen. Nun braucht es zahlreiche Maßnahmen, um ihre Integration auf den Weg zu bringen.

Euer  
Achim Barchmann

## Delegationsreise nach Rumänien

Als stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union bin ich vergangene Woche nach Rumänien gereist. Ich konnte konstruktive Gespräche hinsichtlich des Umgangs und der Aufnahme von Flüchtlingen in dem Land führen. Der Staatspräsident Klaus Johannis betonte Rumäniens Offenheit, Verantwortung innerhalb der EU im Rahmen der Möglichkeit des Landes zu übernehmen.



Achim Barchmann (2.v.l.) mit Kolleginnen und Kollegen des Bundestages und dem rumänischen Staatspräsidenten Klaus Johannis (2.v.r.)

Außerdem habe ich die deutsche Industrie- und Handelskammer besucht. Der größte Arbeitgeber in Rumänien ist Kaufland. Überhaupt sind deutsche Investoren in dem Land sehr aktiv. Rumänien hat nach wie vor mit Korruptionsproblemen zu kämpfen, zeigt sich aber engagiert, nachhaltig dagegen vorzugehen.

## Deutsch-japanischer Besuch in Berlin

Diese Woche durfte ich Gäste aus Wolfsburg und Japan begrüßen. Die Realschule Hoffmann-von-Fallersleben hat im Rahmen ihres deutsch-japanischen Austauschprogramms eine Berlinreise unternommen und mich im Deutschen Bundestag be-



Achim Barchmann gemeinsam mit der Gruppe der Schülerinnen und Schülern aus Japan und Wolfsburg

sucht. Ich unterstütze internationale Jugendarbeit sehr. Gegenseitiges Verständnis wird gestärkt, Toleranz und Vertrauen wird dadurch aufgebaut.

Darum bedanke ich mich sehr für das Engagement der Schule und bei allen beteiligten

Schülerinnen und Schülern, Eltern sowie Lehrerinnen und Lehrern.



Achim Barchmann (2. v. r.) im Gespräch mit den Schülerinnen und Schülern. Die japanische Lehrerin (r.) übersetzt freundlicherweise

### *Ausgewählte Termine:*

07.11.2015 ab 19 Uhr

Sportlerehrung des Kreissportbundes  
Brunnentheater Bad Helmstedt

14.11.2015 ab 11 Uhr

Sammlung für die Kriegsgräberfürsorge  
Fußgängerzone in Wolfsburg